

gegenüber hielt er Distanz, war ihm gegenüber allerdings nicht feindlich eingestellt. R. war kein Politiker. Seine Erinnerungen sind angenehm subjektiv, er zeichnet seine Eindrücke auf, nicht die offizielle Perspektive der polnischen Delegation. Obwohl er ein polnischer Patriot – manchmal auch Nationalist – war, bleibt er in seinen Einschätzungen erfreulich nüchtern, gibt viele sachliche Hinweise.

Die Maschinenschrift der hier edierten Aufzeichnungen hat R. 1938 abgeschlossen, eine erste Korrektur des Typoskripts am 20. August 1939 fertiggestellt. Begonnen hat R. die Niederschrift unmittelbar nach dem Ende der Versailler Friedenskonferenz im Sommer 1919 auf der Grundlage von Tagebuchnotizen, Privatkorrespondenz und amtlichen Unterlagen. Die zweite Jahreshälfte 1918 behandelt er summarisch, danach berichtet er Tag für Tag seine Eindrücke und Ereignisse von der Konferenz. Nach dem Versailler Friedensschluß werden die bis zum 3. Oktober 1919 fortgeführten Notizen knapper; jetzt steht die ostgalizische Frage neben Oberschlesien im Mittelpunkt. Die von R. beigelegten Anlagen sind leider nicht erhalten.

Die Herausgeber haben die Maschinenschrift mit den erhaltenen Manuskripten verglichen. Sie haben die Zitate überprüft, in Fußnoten biographische Daten der im Text erwähnten Personen, bibliographische Daten von Publikationen ergänzt, Fehler korrigiert, Angaben mit den publizierten Quellen wie den englischen und amerikanischen diplomatischen Akten verglichen und parallele Stellen ggf. angemerkt. Der sachliche Kommentar ist ebenso vorzüglich wie die gesamte Edition, die durch Register der Personen- und der geographischen Namen erschlossen wird. Die Einleitung ist knapp gehalten, liegt doch mit der Arbeit von Ł. Mazurkiewicz-Herzowa (Eugeniusz Romer, Warszawa 1966) eine brauchbare Monographie vor.

Wie nicht nur Kay Lundgreen-Nielsen (*The Polish Problem at the Paris Peace Conference*, Odense 1979, S. 20) festgestellt hat, fehlen Erinnerungen der handelnden Politiker über die Friedenskonferenz. Gerade die polnische Seite war bislang nicht „von innen“ dokumentiert, so daß R.s Aufzeichnungen eine große Lücke schließen. Weil R. in der zweiten Reihe stand (die 13 Bände „*The Paris Peace Conference*“ innerhalb der „*Papers Relating to the Foreign Relations of the United States*“, 1942–1947, erwähnen ihn ein einziges Mal marginal), sind die „*Pamiętniki*“ frei von nachträglichem Rechtfertigungszwang. Sie ergänzen, in der vorbildlichen Edition Garlickis und Świątek's leicht zu benutzen, wesentlich unsere Kenntnis der polnischen Politik während der Friedenskonferenz, verdeutlichen z. B., daß die deutsche Vertretung aus polnischer Sicht keine Rolle gespielt hat, daß Polen sich nur an den Alliierten Großbritannien und Frankreich sowie den „assoziierten“ USA orientierte. R.s Aufzeichnungen stellen eine bedeutende Quelle für Geschichte und Vorgeschichte der Pariser Friedenskonferenz – und damit auch zur deutschen Geschichte nach dem Ersten Weltkrieg – dar.

Herne

Wolfgang Kessler

Inwentarz Akt Ambasady Rzeczypospolitej Polskiej w Berlinie z lat [1919] 1920–1939 (do 1934 roku poselstwa). [Inventar der Akten der Botschaft der Republik Polen in Berlin aus den Jahren 1919/1920–1939 (bis zum Jahre 1934 der Gesandtschaft).] (Naczelna Dyrekcja Archiwów Państwowych. Archiwum Akt Nowych.) Opracował Edward Kołodziej. Państwowe Wydawnictwo Naukowe. Warszawa, Łódź 1990. 421 S., deutsche u. engl. Zufass.

In der Einleitung schildert der Bearbeiter Edward Kołodziej die Geschichte und Organisation der polnischen Botschaft in Berlin. Als erster Staat erkannte das Deutsche Reich unmittelbar nach seinem Waffenstillstand mit der Entente die neue Republik Polen – hier hatte der Regentschaftsrat die tatsächliche Machtübernahme Piłsud-

skis am 14. November 1918 bestätigt – durch die Ernennung des Grafen Harry Kessler zum Gesandten in Warschau an. Auf dessen publizierte Tagebücher soll in diesem Zusammenhang verwiesen werden. Auf Druck der Nationaldemokraten und des Pariser Nationalkomitees, die in Kesslers Akkreditierung eine Gefährdung der polnischen Belange bei den Alliierten sahen, wurde diese jedoch bereits im Dezember 1918 annulliert und der Gesandte zum Verlassen Polens veranlaßt. Als inoffizielle diplomatische Vertretung Polens wurde ein Generalkonsulat in Berlin eingerichtet, dem aber die deutsche Seite das Exequatur versagte. Bis zur Unterzeichnung des Versailler Vertrags nahm der dänische Gesandte die polnischen Interessen in Deutschland wahr. Erst im März 1920 nahmen beide Mächte diplomatische Beziehungen miteinander auf, wobei sie zunächst durch niederrangigere Chargés d’Affaires vertreten wurden. Der erste diplomatische Vertreter Polens im Range eines Gesandten war Kazimierz Olszowski. Ihm folgten bis 1939 Roman Knoll, Alfred Wysocki und schließlich Józef Lipski, ein Freund des Außenministers Beck. Lipski wurde am 1. November 1934 zum Botschafter ernannt, was im Einklang mit der Rangerhöhung der deutschen Vertretung in Warschau und der polnischen in Berlin zu Botschaften stand. 1920 umfaßte das Personal der polnischen Gesandtschaft in Berlin sieben Personen, d. h. den Gesandten, drei Sekretäre, einen ehrenamtlichen Attaché, einen Vertreter des Finanzministeriums und den Chef der Kanzlei. Zu den Kompetenzen der Botschaft gehörte die Aufsicht über die polnischen Generalkonsulate und Konsulate in Deutschland. 1939 gab es insgesamt 14 konsularische polnische Vertretungen im Deutschen Reich.

Noch kurz vor Kriegsausbruch wurden die Akten der polnischen Botschaft in Berlin nach Warschau übersandt. Ein Großteil dieser Unterlagen wurde in den östlichen Teil Polens evakuiert und fiel in sowjetische Hand. 1945 übergaben die Russen die Akten an das polnische Außenministerium, von wo sie 1963–1966 in das Warschauer Hauptarchiv Neuer Akten gelangten. Darunter befanden sich auch Akten im Besitz deutscher Behörden, die nach der Kapitulation Deutschlands in die UdSSR geschafft worden waren. Der Bestand zählt 3988 Archivalieneinheiten im Umfang von 70 laufenden Metern und gehört zu den am besten überlieferten und wichtigsten Repositoren der polnischen diplomatischen Vertretungen in der Zwischenkriegszeit. Seit 1933 war für die Registratur der Botschaft ein für alle polnische Außenvertretungen gültiger Aktenplan verbindlich, der ungefähr 800 Posten umfaßte und mit einem einheitlichen Signatursystem versehen war. Die Akten aus den Jahren vor 1933 waren dagegen auf der Grundlage von Tagebüchern nach dem sachlich-numerischen Prinzip geordnet.

Das Inventar der polnischen Botschaftsakten in Berlin weist zunächst 267 Titel zur politischen Lage im Ausland auf. Hier finden sich viele aufschlußreiche Angaben über die Außenpolitik Deutschlands, Frankreichs, Englands und anderer Staaten. Sie gewinnen insofern an Wert, als diese Berichte in der Zentralüberlieferung des polnischen Außenministeriums fehlen. Von besonderem Interesse für die deutsche Forschung sind die in den folgenden Positionen 268–342 enthaltenen Berichte der polnischen Botschaft in Berlin und der polnischen Konsulate über die innere Situation des Deutschen Reiches zwischen 1920 und 1939. Behandelt werden hier und in den Nummern 343–441 u. a. die politischen Parteien vor und nach der nationalsozialistischen Machtergreifung, die politische Emigration, die kommunistische Bewegung und die Kultur- und Bildungsverhältnisse in Deutschland. Abschnitt C „Wirtschaftliche Lage im Ausland“ enthält Akten über die deutsche Industrie, das Finanzwesen, den Binnen- und Außenhandel, den Arbeitsmarkt und über deutsche Kredite für die Randgebiete des Reiches.

Im Teil II „Beziehungen der Republik Polen zu fremden Staaten“ bilden die politischen und wirtschaftlichen Beziehungen zwischen Polen und Deutschland einen Schwerpunkt. Erwähnt seien Akten über Oberschlesien und Ostpreußen vor und nach den Volksabstimmungen, zu Belangen der Polen in Deutschland und der Deutschen

in Polen, Berichte über die Korridorfrage, Materialien zur nationalsozialistischen Judenverfolgung, zum deutsch-polnischen Handels- und Transitverkehr und zu bilateralen Zoll- und Finanzangelegenheiten. Breiten Raum nehmen Staatsbürger- und Optionssachen ein. Auch deutsch-polnische Archivfragen vor allem hinsichtlich der Teilung und Abgabe von Beständen haben hier ihren Niederschlag gefunden. Aufschlußreich sind auch Akten über den noch 1939 erfolgten Abschluß eines deutsch-polnischen Archivabkommens hinsichtlich des Austauschs von Akten aus Österreich und dem Protektorat Böhmen-Mähren.

Teil III umfaßt Unterlagen über internationale Organisationen und Institutionen, wobei der Völkerbund an erster Stelle zu nennen ist. Über die Litauen- und Danzigfrage findet sich hier interessantes Material, aber auch über die Stellung des Deutschen Reiches und Polens zum Völkerbund überhaupt. Ausführlich sind die deutsch-polnischen Beziehungen im wissenschaftlichen und kulturellen Bereich dokumentiert. U. a. finden sich hier Belege über das Osteuropa-Institut in Breslau, das deutsch-polnische Institut in Berlin und das Ostinstitut in Warschau. Nicht allgemein bekannt dürfte sein, daß es 1935 – also in der Hitlerzeit – einen deutsch-polnischen Studentenaustausch gab. In der ausgehenden Weimarer Zeit wurden deutsche Gelehrte wie Eduard Norden und Ulrich Wilken zu Mitgliedern der Polnischen Akademie der Wissenschaften ernannt. 1936 kaufte der polnische Staat Handschriften von Frederik Chopin in Leipzig an.

Im vierten Teil „Sonderprobleme“ findet sich mancher Hinweis auf die Erfüllung einzelner Klauseln des Versailler Vertrages. Dabei geht es u. a. um Reparationen, die Saarfrage, das Verhältnis Deutschlands, Polens und anderer Staaten zu den Verträgen von Locarno, die politische Lage im Memelgebiet, die Kleine Entente und Kirchenangelegenheiten. Besondere Aufmerksamkeit wird dem „Bund der Polen“ in Deutschland gewidmet. Breit werden die Emigrationspolitik des Deutschen Reiches und Polens und die darüber geschlossenen Konventionen abgehandelt. Die Frage der polnischen Saisonarbeiter – das entsprechende Inspektorat befand sich in Tschenstochau – wird anhand zahlreicher Aktentitel dokumentiert. Auch über die Zusammenschlüsse der Polen in Deutschland wird manches ausgesagt. Zahlreiche Titel beziehen sich auf ihre politische und wirtschaftliche Lage. Detailliert wird das polnische Schulwesen in Deutschland dokumentiert. Hier finden sich u. a. Hinweise auf die polnischen Gymnasien in Beuthen, Allenstein und Marienwerder und die dortigen Lehr- und Schulverhältnisse. Zwischen 1927 und 1932 entstanden in Berlin, Leipzig, Oppeln und Breslau „polnische Häuser“. Berücksichtigt werden auch polnische Sport- und Pfadfindervereine im Reichsgebiet. Aus dem Besuch des der PPS angehörenden Sejmabgeordneten Zygmunt Piotrowski in Leipzig 1928 geht hervor, daß direkte Kontakte zwischen in Deutschland lebenden Polen und politischen Parteien in ihrem Heimatland bestanden. Zur Zeit der Weimarer Republik gab es eine breitgefächerte polnische Presse im Reich. Genannt seien als Beispiele die „Gazeta Olsztyńska“, der „Dziennik Berliński“ und der „Mały Polak w Niemczech“. Wirtschaftlichen und finanziellen Rückhalt versuchten die zahlreichen polnischen Banken ihren Landsleuten in Deutschland zu geben. Mehrere Titel betreffen Kreditangelegenheiten polnischer Gutsbesitzer im unteren Weichselgebiet und im Ermland.

Die folgenden Teile des Inventars behandeln Presseangelegenheiten und Propaganda, u. a. die „Verfälschung der Geschichte Schlesiens durch die deutsche Wissenschaft“ – hier werden schon spätere Positionen der polnischen Forschung zum Ausdruck gebracht –, das Verkehrswesen, Aufgaben des polnischen Außenministeriums, darunter die Organisation und Personalien der polnischen diplomatischen und konsularischen Vertretungen in Deutschland – erwähnenswert sind vor allem die auf das Generalkonsulat in Königsberg und die Konsulate in Beuthen, Breslau, Stettin und Schneidemühl bezüglichen Akten –, sowie innere Angelegenheiten Polens und Fragen der deutschen

Minderheit in diesem Land. Auch deutsch-polnische Archivsachen, wie die Aufteilung der Archivalien des Staatsarchivs Danzig, kommen hier zur Sprache. Eingehend wird das Problem Danzig-Gdingen beleuchtet. Das Inventar schließen persönliche Akten des Botschafters Józef Lipski ab, die eine wichtige Quelle für das deutsch-polnische Verhältnis vor Ausbruch des Zweiten Weltkrieges sind.

Der im Hauptarchiv Neuer Akten in Warschau verwahrte Fonds der polnischen Vertretung in Berlin sollte auch von deutscher Seite zur Analyse und Klärung der deutsch-polnischen Beziehungen zwischen 1919 und 1939 intensiv genutzt werden, um eine objektivere Wertung der Vorgeschichte des Zweiten Weltkrieges zu erlangen.

Berlin

Stefan Hartmann

Życie polityczne w Polsce 1918–1939. [Das politische Leben in Polen 1918–1939.] (Wszechnica Polskiej Akademii Nauk. Najnowsze Osiągnięcia Nauki.) Zakład Narodowy im. Ossolińskich. Wrocław, Warszawa, Kraków, Gdańsk, Łódź 1985. 342 S.

Die großen politischen „Lager“ waren, so Janusz Żarnowski im Vorwort (S. 5), die wichtigsten politischen Strukturelemente der Zweiten Polnischen Republik. Diese „Lager“ (obozы polityczne) stehen im Mittelpunkt dieser Zusammenfassung „neuester wissenschaftlicher Erkenntnisse“. Roman Wapiński analysiert eingangs (S. 7–29) die „Rolle Piłsudskis und Dmowskis beim Wiederaufbau der Staatlichkeit“; ausgehend von der Situation vor dem Ersten Weltkrieg und in den ersten Kriegsjahren, behandelt der Vf. ihre Rolle bei der politischen Durchsetzung der territorialen Gestalt des neuen Polen und betont das Phänomen, daß Dmowski, obwohl bei der Durchsetzung der Westgrenze 1919 politisch erfolgreich, nach der beinahe gescheiterten militärischen Durchsetzung der Ostgrenze durch Piłsudski 1920 aus der aktiven Politik ausgeschieden ist. Entstehung und (weniger) Programmentwicklung der Kommunistischen Partei Polens untersucht Antoni Czubiński (S. 31–62); er sieht sie, ohne die offiziöse Parteigeschichte zu verlassen, im Umfeld der sozialistischen Parteien angesiedelt, hebt die Volksfrontpolitik 1934–1937 hervor und erwähnt die Auflösung 1938, ohne näher auf sie einzugehen. Apologetisch ist auch Żarnowskis Abriss (S. 63–86) der Geschichte der Polnischen Sozialistischen Partei (PPS): Sie als wichtigste Kraft des demokratischen Lagers habe die Zweite Republik entscheidend vor und nach dem Maiumsturz 1926 geprägt (auch wenn sie sich erst nach dem Tode Piłsudskis vom Sanacja-Lager distanzieren habe), eine sozialistische politische, intellektuelle und künstlerische Kultur geschaffen und damit den Aufbau des Sozialismus in Polen vorbereitet: ein Versuch der Rehabilitierung unter den politischen Bedingungen in Polen Mitte der achtziger Jahre.

Den verschlungenen Weg der Gruppierungen der Bauernbewegung (ruch ludowy) verfolgt Józef Ryszard Szaflik (S. 87–120). Czubiński (S. 121–144) skizziert auf der Grundlage seiner 1963 erschienenen Monographie die gegen die Sanacja-Regierung gerichtete Sammlungsbewegung des Centrolew (1916–1930); er betont, daß das Sanacja-Regime – im Unterschied etwa zum Nationalsozialismus in Deutschland 1933 – die politischen Parteien zwar von der politischen Willensbildung ausgeschlossen, sie aber nicht verboten hat. Die politischen Ziele des „Nationalen Lagers“ (obóz narodowy) mit seinem exklusiven polnischen Nationalismus umreißt Wapiński (S. 145–163); er gibt einen gedrängten Überblick der ideologischen Entwicklung um das Ziel des „reinen Nationalstaats“ und zeigt abschließend anhand der Ergebnisse der Wahlen zu Sejm und Senat 1920–1930, daß die Gruppen der nationalistischen Rechten nur in den Wojewodschaften Posen und Wilna ihre Basis überwiegend in den Städten hatten, ansonsten auch oder (so in Białystok und Łódź) mehrheitlich sich auf die Landbevölkerung stützen konnten. Die Konservativen, die vor dem Ersten Weltkrieg die Hoffnungen auf